



Hochschule Niederrhein
University of Applied Sciences

Amtliche Bekanntmachungen

Herausgegeben im Auftrag des Präsidenten der Hochschule Niederrhein

38. Jahrgang

Ausgegeben zu Krefeld und Mönchengladbach am 27. August 2013

Nr. 22

Inhalt

Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Niederrhein vom 14. August 2013

**Prüfungsordnung
für den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit
an der Hochschule Niederrhein**

Vom 14. August 2013
(Amtl. Bek. HN 22/2013)

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 31. Oktober 2006 (GV. NRW. S. 474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Mai 2013 (GV. NRW. S. 272), hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Sozialwesen der Hochschule Niederrhein die folgende Prüfungsordnung erlassen:

Inhaltsübersicht *

- § 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung
- § 2 Ziel des Studiums; Zweck der Prüfung; Bachelorgrad
- § 3 Studienvoraussetzungen
- § 4 Regelstudienzeit; Studienaufbau; Studienvolumen
- § 5 Gliederung der Bachelorprüfung; Kreditpunkte
- § 6 Prüfungsausschuss
- § 7 Prüfer und Beisitzer
- § 8 Anrechnung von Prüfungsleistungen
- § 9 Einstufungsprüfung
- § 10 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 11 Wiederholung von Prüfungsleistungen
- § 12 Freiversuch
- § 13 Rücktritt; Täuschung; Ordnungsverstoß
- § 14 Ziel, Umfang und Form der studienbegleitenden Prüfungen
- § 15 Zulassung zu studienbegleitenden Prüfungen
- § 16 Durchführung von studienbegleitenden Prüfungen
- § 17 Mündliche Prüfung
- § 18 Klausurarbeit
- § 19 Hausarbeit
- § 20 Portfolioarbeit
- § 21 Referat
- § 22 Präsentation eines künstlerisch-gestalterischen Arbeitsergebnisses
- § 23 Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren
- § 24 Testate
- § 25 Hochschulbegleitete Praxisphase

* Alle Funktionsbezeichnungen gelten für Frauen in der weiblichen Form.

- § 26 Bachelorarbeit
 - § 27 Zulassung zur Bachelorarbeit
 - § 28 Ausgabe und Bearbeitung der Bachelorarbeit
 - § 29 Abgabe und Bewertung der Bachelorarbeit
 - § 30 Kolloquium
 - § 31 Ergebnis der Bachelorprüfung
 - § 32 Zeugnis; Gesamtnote; Zeugnisbeilagen
 - § 33 Bachelorurkunde
 - § 34 Zusätzliche Prüfungen
 - § 35 Einsicht in die Prüfungsakten
 - § 36 Ungültigkeit von Prüfungsleistungen
 - § 37 Übergangsbestimmungen
 - § 38 Inkrafttreten
- Anlage I Prüfungs- und Studienplan für den Vollzeit-Studiengang
- Anlage II Prüfungs- und Studienplan für den Teilzeit-Studiengang

§ 1

Geltungsbereich der Prüfungsordnung

Diese Prüfungsordnung gilt für das Studium im Bachelorstudiengang Soziale Arbeit am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Niederrhein. Sie regelt sowohl das sechssemestrige grundständige Studium (Vollzeit-Studiengang) als auch das zehnsemestrige Teilzeitstudium (Teilzeit-Studiengang).

§ 2

Ziel des Studiums; Zweck der Prüfung; Bachelorgrad

(1) Lehre und Studium sollen unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 58 HG) den Studierenden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere anwendungsbezogene Inhalte und Handlungsfähigkeit für die spätere Berufspraxis vermitteln. Das Studium soll dazu befähigen, anerkannte Methoden bei der Analyse individueller und gesellschaftlicher Problemstellungen anzuwenden sowie professionelle Hilfsangebote und praxisgerechte Problemlösungen in der Sozialen Arbeit zu entwickeln und anzuwenden. Dabei sollen auch außerfachliche Bezüge beachtet werden. Insgesamt soll das Studium die schöpferischen und gestalterischen Fähigkeiten der Studierenden entwickeln und sie auf die Prüfung vorbereiten.

(2) Die Bachelorprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. Durch die Bachelorprüfung soll festgestellt werden, ob der Studierende die für eine eigenständige und nachhaltige Tätigkeit im Beruf notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat und befähigt ist, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden eigenständig zu arbeiten.

(3) Aufgrund der bestandenen Bachelorprüfung wird von der Hochschule Niederrhein der Bachelorgrad „Bachelor of Arts“, abgekürzt „B. A.“, verliehen.

§ 3

Studienvoraussetzungen

(1) Voraussetzung für den Zugang zum Studium ist der Nachweis der Fachhochschulreife, der Allgemeinen Hochschulreife, der einschlägigen fachgebundenen Hochschulreife oder einer als gleichwertig anerkannten Vorbildung. Zusätzlich ist der Nachweis eines dreimonatigen Vorpraktikums nach Maßgabe der Absätze 3 und 4 zu erbringen.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 wird von der Fachhochschulreife abgesehen bei Studienbewerbern, die sich in der beruflichen Bildung qualifiziert haben und gemäß der Ordnung zur Regelung des Zugangs beruflich Qualifizierter zum Studium an der Hochschule Niederrhein entweder unmittelbar zum Studium zugelassen werden können oder die Zugangsprüfung oder das Probestudium erfolgreich absolviert haben.

(3) Die geforderte praktische Tätigkeit soll einen Einblick in die beruflichen Aufgaben und die Arbeitsweisen im Sozialwesen verschaffen. Sie kann in allen Einrichtungen der öffentlichen und freien Jugend-, Sozial- und Gesundheitshilfe, bei entsprechenden Einrichtungen der Kirchen, bei freien Trägern Sozialer Arbeit und Trägern von Bildungseinrichtungen abgeleistet werden, sofern sichergestellt ist, dass der Praktikant überwiegend im Bereich von Tätigkeiten ausgebildet wird, die für seinen späteren Beruf als Sozialarbeiter oder Sozialpädagoge relevant sind. Der Nachweis der praktischen Tätigkeit gilt als erbracht, wenn der Studienbewerber die Qualifikation für das Studium durch das Zeugnis der Fachhochschulreife einer Fachoberschule für Sozialwesen erworben hat. Einschlägige Ausbildungs- und Berufstätigkeiten werden auf die praktische Tätigkeit angerechnet.

(4) Das Vorpraktikum ist vor der Aufnahme des Studiums abzuleisten und bei der Einschreibung nachzuweisen.

(5) Der Zugang zum Studium ist ausgeschlossen, wenn der Studienbewerber im gleichen Studiengang an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung endgültig nicht bestanden hat. Der Zugang zum Studium ist ferner ausgeschlossen, wenn der Studienbewerber in einem verwandten oder vergleichbaren Studiengang im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung, die auch nach der hier vorliegenden Prüfungsordnung verpflichtend zu absolvieren ist, endgültig nicht bestanden hat. Als verwandte oder vergleichbare Studiengänge gelten sämtliche Bachelor- und Diplomstudiengänge an Fachhochschulen und Universitäten, die der Fachrichtung Sozialwesen zuzuordnen sind.

(6) Berechtigt, das Studium in der zehensemestrigen Teilzeitform zu absolvieren, sind ausschließlich Studierende mit Familienverpflichtungen, die wegen der Erziehung von Kindern, die sie überwiegend selbst betreuen und erziehen und die in ihrem Haushalt leben, oder wegen der Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen oder aus einem sonstigen Grund, dem ein vergleichbares Gewicht zukommt, an der Aufnahme eines Vollzeitstudiums gehindert sind. Studienbewerber für die Teilzeitform habe ihrer Bewerbung geeignete Nachweise beizufügen, die die familiären Verpflichtungen gemäß Satz 1 belegen.

§ 4

Regelstudienzeit; Studienaufbau; Studienvolumen

(1) Die Regelstudienzeit des Vollzeit-Studienganges beträgt sechs, die des Teilzeit-Studienganges zehn Semester. Sie schließt die hochschulbegleitete Praxisphase und die Prüfungen mit ein.

(2) Das Studium ist in 19 Module gegliedert. Ein Modul bezeichnet in der Regel einen Verbund von thematisch und zeitlich aufeinander abgestimmten Lehrveranstaltungen, die auf ein einheitliches Lern- und Qualifikationsziel ausgerichtet sind. Ein eigenes Modul bilden jeweils die hochschulbegleitete Praxisphase sowie die Bachelorarbeit und das Kolloquium. Den Modulen des Studienganges sind nach § 5 Abs. 5 in der Summe 180 Kreditpunkte zugeordnet.

(3) Im Teilzeit-Studiengang wird das Lehrangebot in einer Form bereitgestellt, die die Studierenden in der Regel an zwei Tagen pro Woche zum Besuch von Lehrveranstaltungen in der Hochschule verpflichtet.

(4) Das Gesamtlehrangebot beträgt 102 Semesterwochenstunden.

(5) Alles Nähere zum Aufbau des Studiums sowie zu Art, Form und Umfang der Module ergibt sich aus den als Anlage I (für den Vollzeit-Studiengang) und Anlage II (für den Teilzeit-Studiengang) beigefügten Prüfungs- und Studienplänen. Einzelheiten unter anderem zu Qualifikationszielen, Lehrinhalten und den in der Regel zu wählenden Prüfungsformen sind im Modulhandbuch festgelegt, das von allen Interessierten jederzeit eingesehen werden kann.

§ 5

Gliederung der Bachelorprüfung; Kreditpunkte

(1) Die Bachelorprüfung gliedert sich nach näherer Bestimmung durch die Prüfungs- und Studienpläne (Anlagen) in studienbegleitende Prüfungen und Testate, die hochschulbegleitete Praxisphase sowie die Bachelorarbeit und das Kolloquium.

(2) Die studienbegleitenden Prüfungen und Testate beziehen sich entsprechend der Festlegung in den Prüfungs- und Studienplänen jeweils auf ein Modul oder einen Teil eines Moduls und schließen dieses Modul oder Teilmodul in vollem Umfang ab. Die Leistungsüberprüfung findet entweder während oder unmittelbar nach Beendigung der betreffenden Modulveranstaltungen statt. Das Thema der Bachelorarbeit wird in der Regel im Vollzeit-Studiengang in der ersten Hälfte des sechsten, im Teilzeit-

Studiengang in der ersten Hälfte des zehnten Semesters und so rechtzeitig ausgegeben, dass das Kolloquium vor Ablauf des Semesters durchgeführt werden kann.

(3) Der Studienverlauf und das Prüfungsverfahren sind so zu gestalten, dass das Studium einschließlich der Prüfungen innerhalb der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann.

(4) Prüfungsverfahren müssen die Inanspruchnahme von Schutzfristen nach dem Mutterschutzgesetz und dem Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit ermöglichen sowie Ausfallzeiten durch die Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen berücksichtigen. Ist eine zeitliche Anpassung von Verfahrensabläufen erforderlich, bedarf es in der Regel eines Antrags des Prüflings.

(5) Die Bachelorprüfung wird nach einem Kreditpunktesystem abgelegt. Alle Module und Teilmodule sind entsprechend dem European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) mit Kreditpunkten bewertet. Die Anzahl der zugeordneten Kreditpunkte richtet sich nach dem Lern- und Arbeitsaufwand, der in der Regel für die Absolvierung des einzelnen Moduls benötigt wird. Gemäß den Vereinbarungen des ECTS steht ein Kreditpunkt für einen Arbeitsaufwand des Studierenden von 25 bis 30 Stunden. Grundlage für die Vergabe der Kreditpunkte ist die Annahme, dass der Arbeitsaufwand eines Studienjahres insgesamt mit 60 Kreditpunkten zu bewerten ist. Die Kreditpunkte eines Moduls oder Teilmoduls werden dem Studierenden zuerkannt, sobald er die zugehörige Prüfung bestanden und gegebenenfalls das erforderliche Testat erbracht hat. Erworbene Kreditpunkte werden dem Studierenden auf einem Kreditpunktekonto gutgeschrieben, das der Prüfungsausschuss für ihn führt.

§ 6

Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Prüfungsausschuss gebildet. Der Prüfungsausschuss ist ein unabhängiges Organ der Hochschule Niederrhein und Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrenrechts. Er besteht aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und fünf weiteren Mitgliedern. Der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder werden aus dem Kreis der Professoren, ein Mitglied aus dem Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter und zwei Mitglieder aus dem Kreis der Studierenden vom Fachbereichsrat gewählt. Mit Ausnahme des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden wird für jedes Mitglied des Prüfungsausschusses außerdem je ein Vertreter gewählt. Die Amtszeit der hauptberuflich an der Hochschule tätigen Mitglieder und ihrer Vertreter beträgt vier Jahre, die der studentischen Mitglieder und ihrer Vertreter ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Der Prüfungsausschuss achtet auf die Einhaltung der Prüfungsordnung. Er organisiert die Prüfungen und sorgt für deren ordnungsgemäße Durchführung. Die Zuständigkeit des Dekans gemäß § 27 Abs. 1 HG bleibt unberührt. Der Prüfungsausschuss ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss dem Fachbereichsrat über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten jährlich zu berichten. Er gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung und der Studienpläne. Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für Regelfälle auf den Vorsitzenden übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche.

- (3) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und einem weiteren Professor mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Mindestens die Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder müssen Professoren sein. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie der wissenschaftliche Mitarbeiter wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Anrechnung oder sonstigen Beurteilung von Prüfungsleistungen und der Bestellung von Prüfern und Beisitzern, nicht mit. An der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, die die Festlegung von Prüfungsaufgaben oder die ihre eigene Prüfung betreffen, nehmen die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses nicht teil.
- (4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen sind studentische Mitglieder des Prüfungsausschusses, die sich am selben Tag der gleichen Prüfung zu unterziehen haben.
- (5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, deren Stellvertreter, die Prüfer und die Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (6) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seines Vorsitzenden sind dem Prüfling unverzüglich mitzuteilen. Dem Prüfling ist vorher Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

§ 7

Prüfer und Beisitzer

- (1) Zur Abnahme von Prüfungen sind die an der Hochschule Lehrenden befugt. Ausnahmsweise sind auch in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen zur Abnahme von Prüfungen befugt, soweit dies zur Erreichung des Prüfungszwecks erforderlich und sachgerecht ist (zum Beispiel als Zweitprüfer der Bachelorarbeit). Die Prüfer müssen selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen; dies gilt auch für die bei mündlichen Prüfungen anwesenden Beisitzer. Die Prüfer und Beisitzer werden vom Prüfungsausschuss bestellt. Sie sind in ihrer Tätigkeit unabhängig von Weisungen.
- (2) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Prüfungsverpflichtungen möglichst gleichmäßig auf die Prüfer verteilt werden.
- (3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass dem Prüfling die Namen der Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Bekanntgabe soll in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Prüfung oder, bei der Bachelorarbeit, spätestens mit der Ausgabe des Themas erfolgen. Die Bekanntgabe durch Aushang ist ausreichend.

§ 8

Anrechnung von Prüfungsleistungen

- (1) Leistungen, die an einer anderen Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes im gleichen Studiengang erbracht worden sind, werden von Amts wegen angerechnet. Leistungen in anderen Studiengängen oder an anderen Hochschulen sowie an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien im Geltungsbereich des Grundgesetzes sind bei Gleichwertigkeit anzurechnen; dies gilt auf Antrag auch für Leistungen an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes. Die Sätze 1 und 2 gelten für die Anrechnung von Studienzeiten entsprechend, soweit eine solche Anrechnung notwendig ist.

(2) Eine Gleichwertigkeit im Sinne von Absatz 1 Satz 2 liegt vor, sofern im Hinblick auf den Kompetenzerwerb nicht ein wesentlicher Unterschied zwischen den erbrachten und den zu ersetzenden Leistungen besteht. Die Hochschule hat eine Nichtanrechnung zu begründen und die begründenden Tatsachen nachzuweisen.

(3) Auf Antrag kann die Hochschule sonstige Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen auf den Studiengang anrechnen.

(4) Über Anrechnungen nach den Absätzen 1 und 3 entscheidet der Prüfungsausschuss, im Zweifelsfall nach Anhörung der für die Module zuständigen Prüfer.

§ 9

Einstufungsprüfung

(1) Studienbewerber, welche die für ein erfolgreiches Studium erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten auf andere Weise als durch ein Studium erworben haben, sind nach dem Ergebnis einer Einstufungsprüfung berechtigt, das Studium in einem entsprechenden Abschnitt des Studienganges aufzunehmen, soweit nicht Regelungen über die Vergabe von Studienplätzen entgegenstehen.

(2) Nach dem Ergebnis der Einstufungsprüfung können dem Studienbewerber das Vorpraktikum nach § 3 Abs. 3, die Teilnahme an Lehrveranstaltungen und die entsprechenden Prüfungs- und Testleistungen ganz oder teilweise erlassen werden. Über die Entscheidung erhält der Prüfling eine Bescheinigung.

(3) Das Nähere über Art, Form und Umfang der Einstufungsprüfung regelt die Einstufungsprüfungsordnung der Hochschule Niederrhein.

§ 10

Bewertung von Prüfungsleistungen

(1) Prüfungsleistungen sind durch Noten differenziert zu beurteilen. Die Bewertungen für die einzelnen Prüfungsleistungen werden vom jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(2) Sind mehrere Prüfer an einer Prüfungsleistung beteiligt, so bewerten sie die gesamte Prüfungsleistung gemeinsam, sofern nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

(3) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

- | | |
|-----------------------|--|
| 1 = sehr gut | = eine hervorragende Leistung; |
| 2 = gut | = eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt; |
| 3 = befriedigend | = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht; |
| 4 = ausreichend | = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt; |
| 5 = nicht ausreichend | = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt. |

Zur weiteren Differenzierung der Bewertung können um 0,3 verminderte oder erhöhte Notenziffern verwendet werden. Die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

- (4) Bei der Bildung von Noten aus Zwischenwerten ergibt
ein rechnerischer Wert bis 1,5 die Note „sehr gut“,
ein rechnerischer Wert über 1,5 bis 2,5 die Note „gut“,
ein rechnerischer Wert über 2,5 bis 3,5 die Note „befriedigend“,
ein rechnerischer Wert über 3,5 bis 4,0 die Note „ausreichend“,
ein rechnerischer Wert über 4,0 die Note „nicht ausreichend“.

Hierbei werden die Zwischenwerte nur mit der ersten Dezimalstelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen hinter dem Komma werden ohne Rundung gestrichen.

(5) Eine Prüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsleistung mindestens als „ausreichend“ (4,0) bewertet worden ist.

(6) Die Note eines Moduls, in dem mehrere studienbegleitende Prüfungen abzulegen sind, wird aus dem Mittel der in diesen Prüfungen erreichten Einzelnoten gebildet. Dabei werden als Notengewichte die Kreditpunktwerte zugrunde gelegt.

(7) Die Bewertung schriftlicher Prüfungen wird den Studierenden nach spätestens sechs Wochen mitgeteilt. Die Bekanntgabe durch Aushang ist ausreichend. Die Bewertung der Bachelorarbeit wird den Studierenden nach spätestens acht Wochen mitgeteilt. Die Bewertung mündlicher Prüfungsleistungen wird den Studierenden in der Regel im Anschluss an die Prüfung bekannt gegeben.

(8) Die Gesamtnote der Bachelorprüfung wird durch eine ECTS-Note, die neben der absoluten eine relative Bewertung der Prüfungsleistung abbildet, ergänzt. Die ECTS-Note setzt die individuelle Leistung eines Absolventen ins Verhältnis zu den Leistungen der anderen Absolventen des Studiengangs. Danach erhalten die Absolventen, die innerhalb ihrer Vergleichsgruppe

- zu den besten 10 % gehören, die Note A,
zu den nächstbesten 25 % gehören, die Note B,
zu den nächstbesten 30 % gehören, die Note C,
zu den nächstbesten 25 % gehören, die Note D,
zu den schlechtesten 10 % gehören, die Note E.

§ 11

Wiederholung von Prüfungsleistungen

(1) Studienbegleitende Prüfungen können zweimal wiederholt werden. Die Bachelorarbeit kann einmal wiederholt werden. Fehlversuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen, die im gleichen oder in einem verwandten oder vergleichbaren Studiengang unternommen wurden, werden angerechnet.

(2) Bestandene Prüfungen können – mit Ausnahme des Freiversuchs (§ 12) – nicht wiederholt werden.

§ 12 Freiversuch bei studienbegleitenden Prüfungen

(1) Legt ein Prüfling

- im Vollzeit-Studiengang bis zum Ende des zweiten Fachsemesters eine gemäß Anlage I im ersten oder zweiten Semester,
- im Teilzeit-Studiengang bis zum Ende des vierten Fachsemesters eine gemäß Anlage II im ersten bis vierten Semester

stattfindende Prüfung ab und besteht er diese Prüfung nicht, so gilt sie als nicht unternommen (Freiversuch). Ein zweiter Freiversuch ist ausgeschlossen. Satz 1 gilt nicht, wenn die Prüfung aufgrund eines ordnungswidrigen Verhaltens, insbesondere eines Täuschungsversuches, für nicht bestanden erklärt wurde (§ 13).

(2) Bei der Berechnung des in Absatz 1 Satz 1 genannten Zeitpunktes bleiben Fachsemester unberücksichtigt, während derer der Prüfling nachweislich wegen längerer schwerer Krankheit oder aus einem anderen zwingenden Grund am Studium gehindert war. Ein Hinderungsgrund ist insbesondere anzunehmen, wenn mindestens vier Wochen der Mutterschutzfrist in die Vorlesungszeit fallen. Für den Fall der Erkrankung ist erforderlich, dass der Prüfling unverzüglich eine amtsärztliche Untersuchung herbeiführt und mit der Meldung das amtsärztliche Zeugnis vorlegt, das die medizinischen Befundtatsachen enthält, welche die Studienunfähigkeit belegen.

(3) Unberücksichtigt bleiben Studienverzögerungen infolge einer Behinderung, höchstens jedoch bis zu vier Semestern.

(4) Wer nach den Voraussetzungen der Absätze 1 bis 3 eine Prüfung bestanden hat, kann zur Verbesserung der Note die Prüfung zum nächsten Prüfungstermin wiederholen. Erreicht der Prüfling in der Wiederholungsprüfung eine bessere Note, so gilt diese Note. Wird eine Notenverbesserung nicht erreicht, gilt die Note des Freiversuchs.

§ 13 Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn der Prüfling nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von ihr zurücktritt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der Prüfling ohne triftige Gründe die Bachelorarbeit oder eine sonstige befristete Prüfungsarbeit nicht fristgerecht abliefern.

(2) Die für das Nichterscheinen, den Rücktritt nach Beginn der Prüfung oder die nicht fristgerechte Ablieferung geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden; in begründeten Fällen, insbesondere im Wiederholungsfall, kann auch die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Bei Krankheit des Prüflings kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so wird dem Prüfling mitgeteilt, dass er die Zulassung zu der entsprechenden Prüfungsleistung erneut beantragen kann.

(3) Versucht der Prüfling, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Wird der Prüfling von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen, kann er verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel.

(4) Eine Täuschung im Sinne von Absatz 3 liegt bei schriftlichen Prüfungsarbeiten insbesondere dann vor, wenn der Prüfling seine Arbeit – bei einer Gruppenarbeit seinen gekennzeichneten Anteil der Arbeit – nicht selbstständig angefertigt oder andere als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat (Plagiat).

§ 14

Ziel, Umfang und Form der studienbegleitenden Prüfungen

(1) In den studienbegleitenden Prüfungen soll festgestellt werden, ob der Prüfling Inhalt und Methoden des Moduls in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten selbstständig richtig anwenden kann.

(2) Die Prüfungsanforderungen orientieren sich an dem Inhalt der Modulveranstaltungen. Werden die Modulveranstaltungen in einer Fremdsprache abgehalten, so ist diese Fremdsprache auch Prüfungssprache, es sei denn, dass im Modulhandbuch etwas anderes festgelegt ist.

(3) Formen der studienbegleitenden Prüfung sind

1. die mündliche Prüfung (§ 17),
2. die Klausurarbeit (§ 18),
3. die Hausarbeit (§ 19),
4. die Portfolioarbeit (§ 20),
5. das Referat (§ 21),
6. die Präsentation eines künstlerisch-gestalterischen Arbeitsergebnisses (§ 22),
7. die Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren (§ 23).

Eine Kombination von Prüfungsformen oder eine Aufteilung der Prüfung auf mehrere Termine ist mit Zustimmung des Prüfungsausschusses möglich.

(4) Der Prüfungsausschuss legt in der Regel mindestens acht Wochen vor dem Prüfungstermin die Prüfungsform und im Falle einer Klausurarbeit deren Dauer im Einvernehmen mit den Prüfern für alle Teilnehmer der Prüfung einheitlich und verbindlich fest.

§ 15 Zulassung zu studienbegleitenden Prüfungen

- (1) Zu einer studienbegleitenden Prüfung kann zugelassen werden, wer
 1. die Studienvoraussetzungen gemäß § 3 erfüllt,
 2. zum Zeitpunkt der Prüfung an der Hochschule Niederrhein eingeschrieben oder als Zweithörer zugelassen ist,
 3. gegebenenfalls die Prüfungen bestanden und Testate erbracht hat, die im Prüfungs- und Studienplan als Voraussetzung genannt sind.

In den Fällen des Satzes 1 Nr. 3 können in Härtesituationen Ausnahmen zugelassen werden.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist bis zu dem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin in der Regel unter Nutzung der Online-Funktion, andernfalls schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten.

(3) Dem Antrag sind die Unterlagen zum Nachweis der in Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen beizufügen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden.

(4) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
- b) die Unterlagen unvollständig sind und nicht bis zu dem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin ergänzt werden oder
- c) der Prüfling im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder eine Prüfung, die der im Zulassungsantrag genannten Prüfung entspricht, in einem verwandten oder vergleichbaren Studiengang endgültig nicht bestanden hat.

(5) Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und im Zweifelsfall der Prüfungsausschuss. Die Bekanntgabe durch Aushang ist ausreichend.

§ 16 Durchführung von studienbegleitenden Prüfungen

(1) Prüfungstermine sollen so angesetzt werden, dass infolge der Terminierung keine Lehrveranstaltungen ausfallen.

(2) Der Prüfungstermin wird dem Prüfling rechtzeitig, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung bekannt gegeben. Die Bekanntgabe durch Aushang ist ausreichend.

(3) Der Prüfling hat sich auf Verlangen des Prüfers oder Aufsichtführenden durch den Studienausweis nebst einem amtlichen Ausweis mit Lichtbild zu legitimieren.

(4) Macht ein Prüfling mit einer Behinderung im Sinne des § 3 Behindertengleichstellungsgesetz durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, dass er wegen seiner Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Er hat dafür zu sorgen, dass durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für Studierende mit Behinderung nach Möglichkeit ausgeschlossen wird; im Zweifel kann er weitere Nachweise der Behinderung fordern. Nachteilsausgleichende Maßnahmen können insbesondere sein:

- die Verlängerung der Dauer bzw. der Bearbeitungszeit von Prüfungen
- die Unterbrechung von zeitabhängigen Prüfungsleistungen durch individuelle Erholungspausen
- das Splitten von Prüfungsleistungen in Teilleistungen
- der Ersatz von schriftlichen durch mündliche Leistungen und umgekehrt
- das Zulassen und ggf. auch Bereitstellen von Hilfsmitteln, Assistenzleistungen, adaptierten Prüfungsunterlagen, gesonderten Prüfungsräumen

§ 17

Klausurarbeit

- (1) Durch schriftliche Prüfungsleistungen in Form einer Klausurarbeit soll der Prüfling nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit beschränkten Hilfsmitteln Probleme aus dem jeweiligen Prüfungsgebiet mit geläufigen Methoden des Faches erkennen und lösen kann.
- (2) Die Bearbeitungszeit einer Klausurarbeit richtet sich nach dem Kreditpunktwert des jeweiligen Moduls oder Teilmoduls. Sie soll je Kreditpunkt 15 Minuten betragen.
- (3) Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln entscheidet der Prüfer.
- (4) Die Prüfungsaufgabe einer Klausurarbeit wird in der Regel von nur einem Prüfer gestellt. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn mehrere Fachgebiete zusammenfassend geprüft werden, kann die Prüfungsaufgabe auch von mehreren Prüfern gestellt werden. In diesem Fall legen die Prüfer die Gewichtung der Anteile an der Prüfungsaufgabe vorher gemeinsam fest.
- (5) Klausurarbeiten sind, wenn es sich um die letzte Wiederholungsprüfung handelt, von zwei Prüfern zu bewerten. In allen anderen Fällen ist die Bewertung durch einen einzigen Prüfer ausreichend. In den Fällen des Absatzes 4 Satz 2 bewerten die Prüfer in der Regel nur den eigenen Aufgabenteil; Satz 1 bleibt unberührt.
- (6) Tritt bei einer studienbegleitenden Prüfung der Fall einer im zweiten Wiederholungsversuch als „nicht ausreichend“ (5,0) bewerteten Klausurarbeit erstmalig auf, so hat der Prüfling vor der endgültigen Festsetzung der Note die Möglichkeit, sich einer mündlichen Ergänzungsprüfung zu unterziehen. Die Ergänzungsprüfung findet unverzüglich nach Bekanntgabe des nicht ausreichenden Ergebnisses der Klausurarbeit auf Antrag des Prüflings statt. Sie wird von den Prüfern der Klausurarbeit gemeinsam abgenommen; im Übrigen gelten die Vorschriften über mündliche Prüfungen (§ 18) entsprechend. Aufgrund der Ergänzungsprüfung können nur die Noten „ausreichend“ (4,0) oder „nicht ausreichend“ (5,0) als Ergebnis der Prüfung festgesetzt werden. Die Sätze 1 bis 4 finden in den Fällen des § 13 Abs. 1 und 3 keine Anwendung.

§ 18

Mündliche Prüfung

- (1) In mündlichen Prüfungen soll der Prüfling nachweisen, dass er die Lernziele des Moduls erreicht hat und insbesondere die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt sowie spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einordnen kann. Mündliche Prüfungen werden vor einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers oder vor mehreren Prüfern (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfung oder als Einzelprüfung abgelegt. Bei einer Prüfung mit Beisitzer hat der Prüfer den Beisitzer vor der Festsetzung der Note zu hören. Bei einer Kollegialprüfung bewerten die Prüfer die Prüfungsleistung gemeinsam.

(2) Eine mündliche Prüfung dauert etwa 30 bis 45 Minuten. Eine Gruppenprüfung kann dementsprechend längern dauern. Die Dauer ist der Gruppe vorab mitzuteilen.

(3) Eine Gruppenprüfung kann innerhalb der Gruppe auch interaktiv unter der Aufgabenstellung eines Rollenspiels durchgeführt werden. Mit seinem jeweiligen Rollenspielbeitrag soll der Prüfling nachweisen, dass er in der Lage ist, in selbstständiger Gestaltung ein Thema aufzubereiten, in eine darstellende Form zu bringen, Medien themengerecht einzusetzen und seine Zuhörerschaft motivierend an der Aufgabenstellung zu beteiligen.

(4) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind in einem Protokoll festzuhalten.

(3) Studierende, die sich zu einem späteren Zeitpunkt der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen, sofern nicht ein Prüfling widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

§ 19

Studien-, Projekt- oder Hausarbeit

(1) Prüfungsleistungen in Form von Studien-, Projekt- oder Hausarbeiten beziehen sich auf inhaltlich umgrenzte Aufgabenstellungen aus dem Theorie- und Praxiszusammenhang des jeweiligen Moduls. Sie können durch eine Präsentation oder ein Kolloquium oder eine Kombination aus beidem ergänzt werden. Die Prüfung kann als Gruppenprüfung durchgeführt werden, wenn die individuelle Einzelleistung in hinreichendem Umfang erkennbar und nachweisbar ist. Thema und Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, dass die Arbeit innerhalb der vorgesehenen Frist abgeschlossen werden kann.

(2) Aufgabenstellung und Bearbeitungszeit (Abgabetermin und Abgabestelle) der Studien-, Projekt- oder Hausarbeit sind dem Prüfling durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder den aufgabenstellenden Prüfer schriftlich oder durch Aushang mitzuteilen. Es soll ein Richtwert für den Umfang des schriftlichen Teils der Arbeit angegeben werden.

(3) § 17 Abs. 5 Satz 1 und 2 gilt entsprechend.

(4) Bei der Abgabe der Studien-, Projekt- oder Hausarbeit hat der Prüfling schriftlich an Eides statt zu versichern, dass er seine Arbeit – bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Die Studien-, Projekt- oder Hausarbeit ist in gedruckter und elektronischer Form abzugeben.

(5) Studierende, die sich zu einem späteren Zeitpunkt der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse bei der Präsentation und dem Kolloquium als Zuhörer zugelassen, sofern nicht ein Prüfling widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

§ 20

Portfolioarbeit

(1) Die Portfolioarbeit ermöglicht dem Prüfling, bereits vorhandenes Fach- und Erfahrungswissen mit erweiterndem und vertiefendem Theorie- und Konzeptwissen zu verbinden. Im Endresultat sollen die verschiedenen Formen des Lernens und das Erlernte integriert und die erworbenen Kompetenzen dokumentiert und demonstriert werden. Es handelt sich um eine prozesshafte Prüfungsform.

(2) Erstreckt sich die Portfolioarbeit über mehrere Semester, erfolgt die Bewertung der Arbeit nach jedem Semester. Mehrere Zwischenbewertungen bei Beendigung der Portfolioarbeit werden zu einer Modul- oder Teilmodulnote zusammengefasst.

(3) Der zuständige Lehrende legt zu Beginn der Lehrveranstaltung die Richtlinien und Bedingungen für die Erstellung der Portfolioarbeit, insbesondere was deren Umfang und die Bearbeitungszeit betrifft, für alle Teilnehmer einheitlich und verbindlich fest.

(4) § 17 Abs. 5 Satz 1 und 2 gilt entsprechend.

(5) Bei der Abgabe der Portfolioarbeit hat der Prüfling schriftlich an Eides statt zu versichern, dass er seine Arbeit – bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Die Portfolioarbeit ist in gedruckter und elektronischer Form abzugeben.

§ 21 Referat

(1) Ein Referat stellt das Ergebnis einer eigenständigen und vertieften Auseinandersetzung mit einer Fragestellung aus dem Zusammenhang des Fachgebietes unter Einbeziehung und Auswertung der einschlägigen Literatur dar.

(2) Ein Referat umfasst

1. den mündlichen Vortrag, der das Arbeitsergebnis nach Absatz 1 präsentiert,
2. die schriftliche Darstellung des Arbeitsergebnisses.

(3) Der zuständige Lehrende legt zu Beginn der Lehrveranstaltung die Richtlinien und Bedingungen für die Erstellung des Referates, insbesondere was dessen Umfang, die Bearbeitungszeit und den Termin des mündlichen Vortrags betrifft, für alle Teilnehmer einheitlich und verbindlich fest.

(4) § 17 Abs. 5 Satz 1 und 2 gilt entsprechend.

(5) Bei der Abgabe der schriftlichen Darstellung hat der Prüfling schriftlich an Eides statt zu versichern, dass er diese – bei einem Gruppenreferat seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil – selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Die schriftliche Darstellung des Arbeitsergebnisses ist in gedruckter und in elektronischer Form abzugeben.

§ 22 Präsentation eines künstlerisch-gestalterischen Arbeitsergebnisses

(1) Die Präsentation eines künstlerisch-gestalterischen Arbeitsergebnisses umfasst

1. das Arbeitsergebnis,
2. die mündliche Erläuterung der Konzeption und Umsetzung,
3. die schriftliche Darstellung des Arbeitsergebnisses, die zugleich die Diskussion des Arbeitsergebnisses innerhalb der Lehrveranstaltung angemessen reflektiert.

(2) Der zuständige Lehrende legt zu Beginn der Lehrveranstaltung die Richtlinien und Bedingungen für die Präsentation, insbesondere was deren Umfang, die Bearbeitungszeit und den Termin der münd-

lichen Erläuterung betrifft, für alle Teilnehmer einheitlich und verbindlich fest.

(3) § 17 Abs. 5 Satz 1 und 2 gilt entsprechend.

(4) Bei der Abgabe der schriftlichen Darstellung hat der Prüfling schriftlich an Eides statt zu versichern, dass diese – bei einer Gruppenpräsentation seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil – selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Die schriftliche Darstellung des Arbeitsergebnisses ist in gedruckter und in elektronischer Form abzugeben.

§ 23

Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren

(1) In einer Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren haben die Prüflinge unter Aufsicht schriftlich gestellte Fragen durch die Angabe der zutreffend befundenen Antworten aus einem Katalog vorgegebener Antwortmöglichkeiten zu lösen. Das Antwort-Wahl-Verfahren kommt in dazu geeigneten Modulen nur mit Zustimmung des Prüfungsausschusses zur Anwendung.

(2) Die Prüfungsfragen müssen auf die mit dem betreffenden Modul zu vermittelnden Kenntnisse und Qualifikationen abgestellt sein und zuverlässige Prüfungsergebnisse ermöglichen.

(3) Die Festlegung der Prüfungsfragen und der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten (Prüfungsaufgaben) erfolgt durch den Prüfer. Es ist vor der Prüfung schriftlich festzuhalten, welche der Antwortmöglichkeiten als zutreffende Lösung der Prüfungsfragen anerkannt werden, wie viele Punkte für eine richtige Antwort vergeben werden, wie viele Punkte zum Bestehen der Prüfung erreicht werden müssen (Bestehensgrenze) und welche erreichte Punktzahl welche Note ergibt (Punkte-Noten-Zuordnungsschema). Die Prüfungsaufgaben sind so zu stellen, dass jede Antwortmöglichkeit selbstständig mit Richtig oder Falsch oder mit Ja oder Nein zu bewerten ist. Bei der Feststellung des erzielten Punktwertes einer Aufgabe ist der Abzug von Punkten für nicht oder falsch bewertete Antwortalternativen unzulässig.

(4) Stellt sich nach einer ersten Bewertung der Prüfung heraus, dass die von den Prüflingen durchschnittlich erreichte Punktzahl unter der vorher festgelegten Bestehensgrenze liegt, so ist eine neue Bestehensgrenze festzulegen. Danach ist die Prüfung bestanden, wenn die vom Prüfling erreichte Punktzahl die durchschnittlich erreichte Punktzahl um nicht mehr als 15 Prozent unterschreitet. Das Punkte-Noten-Zuordnungsschema wird an die veränderte Bestehensgrenze verhältnismäßig angepasst.

(5) Die Bewertung der Prüfung hat folgende Angaben zu enthalten:

1. die Zahl der zu vergebenen und die Zahl der vom Prüfling erreichten Punkte je Aufgabe und insgesamt,
2. die Bestehensgrenze,
3. das Punkte-Noten-Zuordnungsschema,
4. die vom Prüfling erzielte Note.

(6) Der Prüfer hat bei der Auswertung der Prüfungsleistungen aller Prüflinge darauf zu achten, ob sich aufgrund der Häufung fehlerhafter Antworten auf bestimmte Prüfungsfragen Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Prüfungsaufgabe fehlerhaft formuliert war. Ergibt sich nach der Durchführung der Prüfung, dass einzelne Prüfungsfragen oder Antwortmöglichkeiten fehlerhaft sind, gelten die betreffenden Prüfungsaufgaben als nicht gestellt. Die Zahl der Prüfungsaufgaben vermindert sich entsprechend; bei der Bewertung ist die verminderte Aufgaben- und Punktzahl zugrunde zu legen. Die Verminderung der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil der Prüflinge auswirken.

§ 24 Testate

- (1) Durch Testat werden insbesondere Leistungen im Rahmen von Übungen und Seminaren bescheinigt. Das Testat wird ausgestellt, wenn der Studierende an der jeweiligen Modulveranstaltung regelmäßig und aktiv teilgenommen und nachgewiesen hat, dass er die vermittelten Kenntnisse und Methoden anzuwenden weiß und die fachspezifischen Methoden eingeübt hat. Das Testat wird von dem für die Lehrveranstaltung zuständigen Lehrenden ausgestellt.
- (2) Die Leistungskontrollen bei einem Testat sind nicht formalisiert und unterliegen keinem Zulassungsverfahren. Zum Nachweis der verlangten Leistungen können zum Beispiel Referate, Präsentationen, Portfolioarbeiten und mündliche Fachgespräche dienen.
- (3) Testate werden nicht benotet und sind bei Nichterbringung der verlangten Leistung unbegrenzt wiederholbar.

§ 25 Hochschulbegleitete Praxisphase

- (1) Die hochschulbegleitete Praxisphase dient dem Ziel, den Studierenden durch konkrete Aufgabenstellungen und praktische Mitarbeit an die Tätigkeiten von Sozialer Arbeit heranzuführen.
- (2) Die hochschulbegleitete Praxisphase ist Teil des Studiums und beinhaltet eine zeitlich zusammenhängende Tätigkeit in einem Berufsfeld der Sozialen Arbeit von mindestens 18 Wochen unter Begleitung der Hochschule und eine während dieser Zeit in der Hochschule stattfindende Vertiefung und Reflexion. Die Praxisphase findet in einer externen Einrichtung statt. Ein Wechsel der Praktikumsstelle ist nur in Ausnahmefällen möglich.
- (3) Die hochschulbegleitete Praxisphase kann auch im Ausland absolviert werden, wenn eine ausreichende Begleitung durch die Hochschule sichergestellt ist.
- (4) Zur hochschulbegleiteten Praxisphase wird zugelassen, wer
 1. sich im Vollzeit-Studiengang mindestens im vierten, im Teilzeit-Studiengang mindestens im sechsten Fachsemester befindet,
 2. mindestens 61 Kreditpunkte erworben hat, die die Prüfung zum Modul „10.1 Projekt“ einschließen.Zur Vermeidung einer Härte kann der Prüfungsausschuss die Zulassungsvoraussetzungen im Einzelfall abmildern.
- (5) Während der hochschulbegleiteten Praxisphase wird jeder Studierende von einem vom Prüfungsausschuss bestellten Professor betreut. Zum Zwecke der Betreuung werden begleitende Lehrveranstaltungen (Begleit- und Auswertungsseminare) durchgeführt. Für diese Lehrveranstaltungen werden Testate ausgestellt. Im Anschluss an die hochschulbegleitete Praxisphase ist ein Praktikumsbericht vorzulegen, der vom betreuenden Professor als „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet wird.
- (6) Die vereinbarungsgemäße Ableistung der Tätigkeiten während der hochschulbegleiteten Praxisphase ist durch die jeweilige Einrichtung zu bescheinigen. Auf Wunsch des Studierenden kann diesem ein Zeugnis durch die Praktikumsstelle ausgestellt werden.

(7) Auf der Grundlage der gemäß Absatz 5 Satz 3 ausgestellten Testate, des mindestens als „bestanden“ bewerteten Praktikumsberichtes gemäß Absatz 5 Satz 4 und der Bescheinigung der Praktikumsstelle gemäß Absatz 6 Satz 1 bescheinigt der Prüfungsausschuss die erfolgreiche Ableistung der Praxisphase, wenn festgestellt werden kann, dass die berufspraktische Tätigkeit dem Zweck der Praxisphase entsprochen hat.

(8) Wird die erfolgreiche Ableistung der hochschulbegleiteten Praxisphase durch den Prüfungsausschuss nicht bescheinigt, so kann sie einmal wiederholt werden.

(9) Für die erfolgreich abgeleistete hochschulbegleitete Praxisphase werden 24 Kreditpunkte zuerkannt.

§ 26 Bachelorarbeit

(1) Die Bachelorarbeit soll zeigen, dass der Prüfling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe aus seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen und anwendungsorientierten Methoden selbstständig zu bearbeiten. Die Bachelorarbeit ist in der Regel eine eigenständige Untersuchung auf der Basis der Aufgabenstellung mit einer ausführlichen Beschreibung und Erläuterung ihrer Ergebnisse.

(2) Die Bachelorarbeit kann von jedem Professor, der gemäß § 7 Abs. 1 zum Prüfer bestellt werden kann, ausgegeben und betreut werden. Auf Antrag des Prüflings kann der Prüfungsausschuss ausnahmsweise auch einen Honorarprofessor oder einen mit entsprechenden Aufgaben betrauten Lehrbeauftragten zum Betreuer bestellen. Dem Prüfling ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für den Themenbereich der Bachelorarbeit zu machen.

(3) Auf Antrag sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass der Prüfling rechtzeitig ein Thema für die Bachelorarbeit erhält.

(4) Die Bachelorarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Einzelleistung zu bewertende Beitrag aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

(5) Der Umfang des schriftlichen Teils der Bachelorarbeit soll 50 DIN-A4-Seiten nicht unterschreiten und 70 DIN-A4-Seiten nicht überschreiten; bei einer Gruppenarbeit bezieht sich dieser Richtwert auf jeden Beitrag. Neben der Textfassung können zur Ausarbeitung andere Medien herangezogen werden, sofern sie nach Maßgabe der Aufgabenstellung für die Dokumentation der Arbeit geeignet und hilfreich sind. In diesem Fall kann von dem unteren Richtwert für den Umfang des schriftlichen Teils abgewichen werden.

§ 27 Zulassung zur Bachelorarbeit

(1) Zur Bachelorarbeit kann zugelassen werden, wer

1. über die Studienvoraussetzungen gemäß § 3 verfügt,
2. während der Bachelorarbeit an der Hochschule Niederrhein für den Studiengang eingeschrieben oder gemäß § 52 Abs. 2 HG als Zweithörer zugelassen ist,
3. mindestens 120 Kreditpunkte erworben hat.

- (2) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Ihm ist eine Erklärung über bisherige Versuche zur Bearbeitung einer Bachelorarbeit beizufügen. Ferner soll angegeben werden, welcher Prüfer zur Ausgabe und Betreuung der Bachelorarbeit bereit ist.
- (3) Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.
- (4) Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und im Zweifelsfall der Prüfungsausschuss. Die Zulassung ist zu versagen, wenn
- a) eine der in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt ist oder
 - b) die Unterlagen unvollständig sind oder
 - c) der Prüfling im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder eine entsprechende Bachelorarbeit in einem verwandten oder vergleichbaren Studiengang endgültig nicht bestanden hat.

§ 28

Ausgabe und Bearbeitung der Bachelorarbeit

- (1) Die Ausgabe der Bachelorarbeit erfolgt über den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem der Vorsitzende des Prüfungsausschusses das vom Betreuer gestellte Thema dem Prüfling bekannt gibt; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.
- (2) Der Bearbeitungszeitraum (Zeitraum von der Ausgabe bis zur Abgabe der Bachelorarbeit) beträgt zehn Wochen. Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, dass die Bachelorarbeit innerhalb der Frist abgeschlossen werden kann. Im Ausnahmefall kann der Prüfungsausschuss aufgrund eines vor Ablauf der Frist gestellten und begründeten Antrages die Bearbeitungszeit um bis zu vier Wochen verlängern. Der Betreuer soll zu diesem Antrag gehört werden.
- (3) Das Thema der Bachelorarbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten vier Wochen der Bearbeitungszeit ohne Abgabe von Gründen zurückgegeben werden. Im Falle der Wiederholung der Bachelorarbeit ist die Rückgabe nur zulässig, wenn der Prüfling bei der Anfertigung seiner ersten Bachelorarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hatte.
- (4) Im Falle einer Behinderung des Prüflings findet § 16 Abs. 4 entsprechende Anwendung.

§ 29

Abgabe und Bewertung der Bachelorarbeit

- (1) Die Bachelorarbeit ist fristgemäß in dreifacher gedruckter Ausfertigung und zusätzlich auf jeweils einem CD-ROM-Datenträger, welcher die komplette Arbeit im offenen pdf-Format oder im WORD-Format sowie die Abzüge aller zitierten Internetquellen enthält, beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses abzuliefern. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei der Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Bei der Abgabe der Bachelorarbeit hat der Prüfling schriftlich an Eides statt zu versichern, dass er seine Arbeit – bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(2) Die Bachelorarbeit ist von zwei Prüfern zu bewerten. Einer der Prüfer soll der Betreuer der Bachelorarbeit sein. Im Falle, dass der Betreuer ein Honorarprofessor oder ein Lehrbeauftragter ist, muss der zweite Prüfer ein Professor des Fachbereichs Sozialwesen sein. Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüfer wird die Note der Bachelorarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, wird vom Prüfungsausschuss ein dritter Prüfer bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Bachelorarbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Einzelbewertungen. Die Bachelorarbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend“ (4,0) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten „ausreichend“ (4,0) oder besser sind. Alle Bewertungen sind schriftlich zu begründen.

(3) Für die bestandene Bachelorarbeit werden zehn Kreditpunkte zuerkannt.

§ 30 Kolloquium

(1) Das Kolloquium ergänzt die Bachelorarbeit, ist selbstständig zu bewerten und soll innerhalb von zwei Monaten nach Abgabe der Bachelorarbeit stattfinden. Es dient der Feststellung, ob der Prüfling befähigt ist, die Ergebnisse der Bachelorarbeit, ihre fachlichen Zusammenhänge und ihre außerfachlichen Bezüge mündlich darzustellen, selbstständig zu begründen und ihre Bedeutung für die Praxis einzuschätzen. Dabei soll die Bearbeitung des Themas der Bachelorarbeit mit dem Prüfling erörtert werden.

(2) Zum Kolloquium kann zugelassen werden, wer

1. die Studienvoraussetzungen gemäß § 3 erfüllt,
2. zum Zeitpunkt des Kolloquiums an der Hochschule Niederrhein für den Studiengang eingeschrieben oder gemäß § 52 Abs. 2 HG als Zweithörer zugelassen ist,
3. 150 Kreditpunkte erworben hat, die die bestandene Bachelorarbeit einschließen.

(3) Der Antrag auf Zulassung ist an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag ist eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung eines Kolloquiums beizufügen. Der Prüfling kann die Zulassung zum Kolloquium auch bereits bei der Meldung zur Bachelorarbeit beantragen; in diesem Falle erfolgt die Zulassung, sobald die Voraussetzungen nach Absatz 2 vorliegen. Für die Zulassung zum Kolloquium und ihre Versagung gilt im Übrigen § 27 Abs. 4 entsprechend.

(4) Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung durchgeführt und von den Prüfern der Bachelorarbeit gemeinsam abgenommen und bewertet. Im Falle des § 29 Abs. 2 Satz 5 wird das Kolloquium von den Prüfern abgenommen, aus deren Einzelbewertungen die Note der Bachelorarbeit gebildet worden ist. Im Übrigen gelten die Vorschriften über mündliche Prüfungen (§ 18) entsprechend.

(5) Im Falle einer Behinderung des Prüflings findet § 16 Abs. 4 entsprechende Anwendung.

(6) Für das bestandene Kolloquium werden zwei Kreditpunkte zuerkannt.

§ 31 Ergebnis der Bachelorprüfung

(1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn der Studierende 180 Kreditpunkte erworben hat.

(2) Die Bachelorprüfung ist nicht bestanden, wenn eine der vorgeschriebenen studienbegleitenden Prüfungen, die Bachelorarbeit oder das Kolloquium als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet worden ist oder als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet gilt. Über das Nichtbestehen der Bachelorprüfung wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag stellt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach der Exmatrikulation eine Bescheinigung aus, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Benotung sowie die zur Bachelorprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält. Aus der Bescheinigung muss hervorgehen, dass der Studierende die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden hat.

§ 32

Zeugnis, Gesamtnote, Zeugnisbeilagen

(1) Über die bestandene Bachelorprüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach Bewertung der letzten Prüfungsleistung, ein Zeugnis ausgestellt (Abschlusszeugnis). Das Zeugnis enthält die Bewertungen aller Module, Angaben zu Ort und Zeitraum der hochschulbegleiteten Praxisphase, das Thema und die Namen der Prüfer der Bachelorarbeit, die Note des Kolloquiums sowie die Gesamtnote der Bachelorprüfung. Die Gesamtnote wird in der Grundform und in der Dezimalform gemäß § 10 Abs. 4 angegeben. Module, in denen ausschließlich Testate ausgestellt wurden, werden im Zeugnis als „bestanden“ ausgewiesen. Ist eine Prüfungsleistung außerhalb der Hochschule Niederrhein erbracht und gemäß § 8 angerechnet worden, wird dies bei den entsprechenden Modulen vermerkt.

(2) Die Gesamtnote der Bachelorprüfung wird aus dem Mittel der Noten der benoteten Module gemäß § 10 Abs. 4 gebildet. Dabei werden folgende Notengewichte zugrunde gelegt:

Mittel der Noten der benoteten Module mit Ausnahme der Bachelorarbeit und des Kolloquiums, gewichtet nach Kreditpunkten	75 %,
Note der Bachelorarbeit	20 %,
Note des Kolloquiums	5 %.

(3) Das Zeugnis wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel des Prüfungsausschusses versehen. Es trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde.

(4) Jeder Absolvent erhält als englischsprachige Beilagen zum Zeugnis ein Diploma Supplement und ein Transcript of Records.

(5) Ein Studierender, der die Hochschule ohne die bestandene Bachelorprüfung verlässt, erhält auf Antrag ein Zeugnis über die im Studiengang erbrachten Prüfungsleistungen (Abgangszeugnis). Absatz 3 Satz 1 gilt entsprechend.

§ 33

Bachelorurkunde

(1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis und mit gleichem Datum wird dem Absolventen die Bachelorurkunde ausgehändigt. Mit ihr wird die Verleihung des Bachelorgrades gemäß § 2 Abs. 3 beurkundet.

(2) Die Bachelorurkunde wird vom Dekan des Fachbereichs und vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule Niederrhein versehen.

§ 34 Zusätzliche Prüfungen

Der Prüfling kann sich in weiteren, nicht vorgeschriebenen Modulen oder Teilmodulen einer Prüfung unterziehen. Das Ergebnis dieser Prüfungen wird auf Antrag des Prüflings in das Abschluss- oder Abgangszeugnis aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht berücksichtigt.

§ 35 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Prüfling auf Antrag Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, in die darauf bezogenen Bewertungen der Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

(2) Die Einsichtnahme ist innerhalb eines Monats nach Aushändigung des Abschluss- oder Abgangszeugnisses oder des Bescheides über die nicht bestandene Bachelorprüfung beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu beantragen. § 32 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gilt entsprechend. Der Vorsitzende bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

(3) Die Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen, die sich auf eine studienbegleitende Prüfung beziehen, wird dem Prüfling auf Antrag bereits nach Ablegung des jeweiligen Prüfungsversuches gestattet. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zu stellen. Im Übrigen gilt Absatz 2 entsprechend.

§ 36 Ungültigkeit von Prüfungsleistungen

(1) Hat der Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Abschluss- oder Abgangszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 31 Abs. 2 Satz 3 bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Prüfling getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Bachelorprüfung für ganz oder teilweise nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Abschluss- oder Abgangszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 31 Abs. 2 Satz 3 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(3) Das unrichtige Abschluss- oder Abgangszeugnis, die unrichtige Bachelorurkunde oder die unrichtige Bescheinigung nach § 31 Abs. 2 Satz 3 ist einzuziehen oder gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Abschluss- oder Abgangszeugnisses ausgeschlossen.

§ 37 Übergangsbestimmungen

(1) Diese Prüfungsordnung findet auf alle Studierenden Anwendung, die im Wintersemester 2013/14 oder später das Studium im Bachelorstudiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Niederrhein aufnehmen.

(2) Auf Studierende, die ihr Studium im Bachelorstudiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Niederrhein vor dem Wintersemester 2013/14 aufgenommen haben, findet die Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Niederrhein vom 8. September 2010 (Amtl. Bek. HN 26/2010), zuletzt geändert durch Ordnung vom 17. Mai 2011 (Amtl. Bek. HN 17/2011), weiterhin Anwendung, jedoch nicht länger als bis zum 28. Februar 2017. Nach Ablauf der Übergangsfrist gilt nur noch diese Prüfungsordnung.

(3) Studierende nach alter Prüfungsordnung haben jederzeit das Recht, ihr Studium nach neuer Prüfungsordnung fortzusetzen und abzuschließen. Hierzu bedarf es einer Erklärung gegenüber dem Prüfungsausschuss.

(4) Nach alter Prüfungsordnung erbrachte Prüfungsleistungen, die Prüfungsleistungen nach neuer Prüfungsordnung gleichwertig sind, werden auf das Studium nach neuer Prüfungsordnung angerechnet.

§ 38

Inkrafttreten

(1) Diese Prüfungsordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 2013 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Niederrhein vom 8. September 2010 (Amtl. Bek. HN 26/2010), zuletzt geändert durch Ordnung vom 17. Mai 2011 (Amtl. Bek. HN 17/2011), außer Kraft. § 37 bleibt unberührt.

(2) Diese Prüfungsordnung wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Hochschule Niederrhein (Amtl. Bek. HN) veröffentlicht.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrates des Fachbereichs Sozialwesen vom 3. Juli 2013 und der Feststellung der Rechtmäßigkeit durch das Präsidium der Hochschule Niederrhein vom 8. August 2013.

Mönchengladbach, den 14. August 2013

Der Dekan
des Fachbereichs Sozialwesen
der Hochschule Niederrhein
Prof. Dr. phil. Michael Borg-Laufs

Prüfungs- und Studienplan für die grundständige Studienform

Anlage I, Teil 1

Sem.	Modulnr.	Modultitel	SWS	KP	Form	Zul.-voraus.	Abschluss
1	1.1	Grundlegende Einführungen in Studium und Fachgebiet der Sozialen Arbeit, Teil 1: Einführung in wissenschaftliches Denken und Arbeiten	2	3	S (Wahlpflicht)	-	Testat
1	1.2	Grundlegende Einführungen in Studium und Fachgebiet der Sozialen Arbeit, Teil 2: Träger, Zielgruppen und Arbeitsfelder Sozialer Arbeit	2	3	S (Wahlpflicht)	-	Testat
1	1.3	Grundlegende Einführungen in Studium und Fachgebiet der Sozialen Arbeit, Teil 3: EDV in der Sozialen Arbeit	2	3	Ü (Pflicht)	-	Testat
1	2.1	Psychologische und sozialmedizinische Grundlagen, Teil 1: Psychologische Grundlagen menschlichen Erlebens und Verhaltens	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
1	2.2	Psychologische und sozialmedizinische Grundlagen, Teil 2: Belastetes und abweichendes Erleben und Verhalten	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
1	2.3	Psychologische und sozialmedizinische Grundlagen, Teil 3: Psychiatrische und sozialmedizinische Grundlagen	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
1	3.1	Erziehung, Bildung und Inklusionspädagogik als Grundlage der Sozialen Arbeit, Teil 1: Erziehungswissenschaftliche Grundlagen der Kindheit	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
1	3.2	Erziehung, Bildung und Inklusionspädagogik als Grundlage der Sozialen Arbeit, Teil 2: Sozialpädagogische Aspekte des Jugendalters	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
1	5.1	Methodische Grundlagen: Kommunikation, Beratung, Begleitung, Teil 1: Kommunikative Basiskompetenzen	2	3	Ü (Wahlpflicht)	-	Testat
1	7.1	Geschichte, Theorie und Ethik der Sozialen Arbeit, Teil 1: Theorien der Sozialen Arbeit – Sozialarbeitswissenschaft	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
1	GESAMT		20	30			
2	4.1	Medienpädagogische Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 1: Grundlagen der Medienpädagogik	2	3	V (Pflicht)	-	Prüfung
2	4.2	Medienpädagogische Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 2: Medienpädagogische Übungen	4	6	Ü (Wahlpflicht)	-	Testat
2	5.2	Methodische Grundlagen: Kommunikation, Beratung, Begleitung, Teil 2: Verfahrenskompetenzen 1	4	6	Ü (Wahlpflicht)	Modul 5.1	Teilprüfung
2	6.1	Gesellschaftliche Integration und Desintegration, Teil 1: Soziologische Grundlagen der Sozialen Arbeit)	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
2	6.2	Gesellschaftliche Integration und Desintegration, Teil 2: Theorien abweichenden Verhaltens	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
2	9.1	Rechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 1: Grundzüge des BGB, insbesondere des Vertragsrechts	2	3	V (Pflicht)	-	Testat

Anlage I, Teil 2

Sem.	Modulnr.	Modultitel	SWS	KP	Form	Zul.-voraus.	Abschluss
2	9.2	Rechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 2: Familien- und Jugendhilferecht	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
2	10.1	Projekt, Teil 1	3	4	S (Wahlpflicht)	Module 1.1., 1.2, 5.1	Testat
2	GESAMT		21	31			
3	3.3	Erziehung, Bildung und Inklusionspädagogik als Grundlage der Sozialen Arbeit, Teil 3: Hilfebedarf und Selbstbestimmung – zur Lebenslage von Menschen mit einer Behinderung	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
3	5.3	Methodische Grundlagen: Kommunikation, Beratung, Begleitung, Teil 3: Verfahrenskompetenzen 2	2	3	Ü (Wahlpflicht)	Module 5.1; 5.2	Teilprüfung
3	7.2	Geschichte, Theorie und Ethik der Sozialen Arbeit, Teil 2: Ethische Grundlagen der Sozialen Arbeit	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
3	7.3	Geschichte, Theorie und Ethik der Sozialen Arbeit, Teil 3: Sozialarbeiterische Identität und Profession	2	3	S (Wahlpflicht)	-	Testat
3	8.1	Praxisforschung, Teil 1: Empirische Sozialforschung	2	3	V (Pflicht)	-	Testat
3	9.3	Rechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 3: Sozialrecht	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
3	10.2	Projekt, Teil 2	3	7	S (Wahlpflicht)	Modul 10.1	Prüfung
3	11.1	Management und Betriebswirtschaftslehre in der Sozialen Arbeit, Teil 1: Grundlagen 1	2,7	4	V (Pflicht)	Modul 1.2, 9.1	Teilprüfung
3	11.2	Management und Betriebswirtschaftslehre in der Sozialen Arbeit, Teil 2: Grundlagen 2	1,3	2	V (Pflicht)	Modul 1.2, 9.1	Teilprüfung
3	GESAMT		19	31			
4	12.1	Praxisphase, Teil 1: Praxisreflexion	2	2	S (Wahlpflicht)	mind. 61 KP, Modul 10.1	Testat
4	12.2	Praxisphase, Teil 2: Praxisbegleitung	2	2	S (Wahlpflicht)	mind. 61 KP, Modul 10.1	Testat
4	12.3	Praxisphase, Teil 3: Praxisbericht		2		mind. 61 KP, Modul 10.1	Testat
4	12.4	Praxisphase, Teil 4: Bescheinigung		18		mind. 61 KP, Modul 10.1	Testat

Anlage I, Teil 3

Sem.	Modulnr.	Modultitel	SWS	KP	Form	Zul.-voraus.	Abschluss
4	13	Selbst- und Fremderfahrung	4	4	Ü (Wahlpflicht)	-	Testat
4	GESAMT		8	28			
5	8.2	Praxisforschung, Teil 2	4	6	Ü (Wahlpflicht)	-	Prüfung
5	9.4	Rechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 4: Vertiefungen	2	3	V (Wahlpflicht)	-	Testat
5	11.3	Management und Betriebswirtschaftslehre in der Sozialen Arbeit, Teil 3: Vertiefungen	2	3	V (Wahlpflicht)	Modul 1.2, 9.1	Teilprüfung
5	14.1	Politik- und verwaltungswissenschaftliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 1: Politikwissenschaftliche Grundlagen	2	3	V (Wahlpflicht)	Module 1.2, 6	Teilprüfung
5	14.2	Politik- und verwaltungswissenschaftliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 2: Verwaltungswissenschaftliche Grundlagen	2	3	(Pflicht)	Module 1.2, 6	Teilprüfung
5	15.1	Handlungskonzepte der Sozialen Arbeit, Teil 1	4	6	S (Wahlpflicht)	Modul 10	Teilprüfung
5	16 oder 17	Methodisch-fallbezogenes Vertiefungsgebiet (MF-VTG) oder Gesellschaftspolitisch-institutionelles Vertiefungsgebiet (GI-VTG)	4	6	S (Wahlpflicht)	16: Mod. 5, 10; 17: Mod. 9, 11.1	Prüfung
5	GESAMT		20	30			
6	15.2	Handlungskonzepte der Sozialen Arbeit, Teil 2	4	6	S (Wahlpflicht)	-	Teilprüfung
6	16 oder 17	Methodisch-fallbezogenes Vertiefungsgebiet (MF-VTG) oder Gesellschaftspolitisch-institutionelles Vertiefungsgebiet (GI-VTG)	4	6	S (Wahlpflicht)	16: Mod. 5, 10; 17: Mod. 9, 11.1	Prüfung
6	18.1	Spezielle Vertiefungen, Teil 1	2	3	S (Wahlpflicht)	-	Prüfung
6	18.2	Spezielle Vertiefungen, Teil 2	2	3	S (Wahlpflicht)	-	Testat
6	19.1	Bachelorarbeit	2	10	S (Wahlpflicht)	mind. 120 KP	Prüfung
6	19.2	Kolloquium		2		mind. 150 KP	Prüfung
6	GESAMT		14	30			
	GESAMT	STUDIUM	102	180			

Abkürzungen: SWS = Vorlesungen, KP = Kreditpunkte, V = Vorlesung, S = Seminar, Ü = Übung

Prüfungs- und Studienplan für die Teilzeit-Studienform

Anlage II, Teil 1

Sem.	Modulnr.	Modultitel	SWS	KP	Form	Zul.-voraus.	Abschluss
1	1.1	Grundlegende Einführungen in Studium und Fachgebiet der Sozialen Arbeit, Teil 1: Einführung in wissenschaftliches Denken und Arbeiten	2	3	S (Wahlpflicht)	-	Testat
1	1.2	Grundlegende Einführungen in Studium und Fachgebiet der Sozialen Arbeit, Teil 2: Träger, Zielgruppen und Arbeitsfelder Sozialer Arbeit	2	3	S (Wahlpflicht)	-	Testat
1	1.3	Grundlegende Einführungen in Studium und Fachgebiet der Sozialen Arbeit, Teil 3: EDV in der Sozialen Arbeit	2	3	Ü (Wahlpflicht)	-	Testat
1	2.1	Psychologische und sozialmedizinische Grundlagen, Teil 1: Psychologische Grundlagen menschlichen Erlebens und Verhaltens	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
1	2.2	Psychologische und sozialmedizinische Grundlagen, Teil 2: Belastetes und abweichendes Erleben und Verhalten	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
1	5.1	Methodische Grundlagen: Kommunikation, Beratung, Begleitung, Teil 1: Kommunikative Basiskompetenzen	2	3	Ü (Wahlpflicht)	-	Testat
1	GESAMT		12	18			
2	4.1	Medienpädagogische Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 1: Grundlagen der Medienpädagogik	2	3	V (Pflicht)	-	Prüfung
2	4.2	Medienpädagogische Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 2: Medienpädagogische Übungen	4	6	Ü (Wahlpflicht)	-	Testat
2	5.2	Methodische Grundlagen: Kommunikation, Beratung, Begleitung, Teil 2: Verfahrenskompetenzen 1	4	6	Ü (Wahlpflicht)	Modul 5.1	Teilprüfung
2	6.1	Gesellschaftliche Integration und Desintegration, Teil 1: Soziologische Grundlagen der Sozialen Arbeit	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
2	6.2	Gesellschaftliche Integration und Desintegration, Teil 2: Theorien abweichenden Verhaltens	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
2	GESAMT		14	21			
3	2.3	Psychologische und sozialmedizinische Grundlagen, Teil 3: Psychiatrische und sozialmedizinische Grundlagen	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
3	3.1	Erziehung, Bildung und Inklusionspädagogik als Grundlage der Sozialen Arbeit, Teil 1: Erziehungswissenschaftliche Grundlagen der Kindheit	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
3	3.2	Erziehung, Bildung und Inklusionspädagogik als Grundlage der Sozialen Arbeit, Teil 2: Sozialpädagogische Aspekte des Jugendalters	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
3	5.3	Methodische Grundlagen: Kommunikation, Beratung, Begleitung, Teil 3: Verfahrenskompetenzen 2	2	3	Ü (Wahlpflicht)	Module 5.1; 5.2	Teilprüfung

Anlage II, Teil 2

Sem.	Modulnr.	Modultitel	SWS	KP	Form	Zul.-voraus.	Abschluss
3	7.1	Geschichte, Theorie und Ethik der Sozialen Arbeit, Teil 1: Theorien der Sozialen Arbeit – Sozialarbeitswissenschaft	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
3	7.2	Geschichte, Theorie und Ethik der Sozialen Arbeit, Teil 2: Ethische Grundlagen der Sozialen Arbeit	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
3	GESAMT		12	18			
4	9.1	Rechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 1: Grundzüge des BGB, insbesondere des Vertragsrechts	2	3	V (Pflicht)	-	Testat
4	9.2	Rechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 2: Familien- und Jugendhilferecht	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
4	10.1	Projekt, Teil 1	3	4	S (Wahlpflicht)	Module 1.1., 1.2, 5.1	Testat
4	13	Selbst- und Fremderfahrung	4	4	Ü (Wahlpflicht)	-	Testat
4	GESAMT		11	14			
5	3.3	Erziehung, Bildung und Inklusionspädagogik als Grundlage der Sozialen Arbeit, Teil 3: Hilfebedarf und Selbstbestimmung - zur Lebenslage von Menschen mit einer Behinderung	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
5	7.3	Geschichte, Theorie und Ethik der Sozialen Arbeit, Teil 3: Sozialarbeiterische Identität und Profession	2	3	S (Wahlpflicht)	-	Testat
5	8.1	Praxisforschung, Teil 1: Empirische Sozialforschung	2	3	V (Pflicht)	-	Testat
5	9.3	Rechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 3: Sozialrecht	2	3	V (Pflicht)	-	Teilprüfung
5	9.4	Rechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 4: Vertiefungen	2	3	V (Wahlpflicht)	-	Testat
5	10.2	Projekt, Teil 2	3	7	S (Wahlpflicht)	Modul 10.1	Prüfung
5	GESAMT		13	22			
6	12.1	Praxisphase, Teil 1: Praxisreflexion	2	2	S (Wahlpflicht)	mind. 61 KP, Modul 10.1	Testat
6	12.2	Praxisphase, Teil 2: Praxisbegleitung	2	2	S (Wahlpflicht)	mind. 61 KP, Modul 10.1	Testat
6	12.3	Praxisphase, Teil 3: Praxisbericht		2			Testat

Anlage II, Teil 3

Sem.	Modulnr.	Modultitel	SWS	KP	Form	Zul.-voraus.	Abschluss
6	12.4	Praxisphase, Teil 4: Bescheinigung		18			Testat
6	GESAMT		4	24			
7	8.2	Praxisforschung, Teil 2	4	6	Ü (Wahlpflicht)	-	Prüfung
7	11.1	Management und Betriebswirtschaftslehre in der Sozialen Arbeit, Teil 1: Grundlagen 1	2,7	4	V (Pflicht)	Modul 1.2, 9.1	Teilprüfung
7	11.2	Management und Betriebswirtschaftslehre in der Sozialen Arbeit, Teil 2: Grundlagen 2	1,3	2	V (Pflicht)	Modul 1.2, 9.1	Teilprüfung
7	14.1	Politik- und verwaltungswissenschaftliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 1: Politikwissenschaftliche Grundlagen	2	3	V (Wahlpflicht)	Module 1.2, 6	Teilprüfung
7	14.2	Politik- und verwaltungswissenschaftliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Teil 2: Verwaltungswissenschaftliche Grundlagen	2	3	(Pflicht)	Module 1.2, 6	Teilprüfung
7	GESAMT		12	18			
8	15.1	Handlungskonzepte der Sozialen Arbeit, Teil 1	4	6	S (Wahlpflicht)	Modul 10	Teilprüfung
8	16 oder 17	Methodisch-fallbezogenes Vertiefungsgebiet (MF-VTG) oder Gesellschaftspolitisch-institutionelles Vertiefungsgebiet (GI-VTG)	4	6	S (Wahlpflicht)	16: Mod. 5, 10; 17: Mod. 9, 11.1	Prüfung
8	18.1	Spezielle Vertiefungen, Teil 1	2	3	S (Wahlpflicht)	-	Prüfung
8	GESAMT		10	15			
9	11.3	Management und Betriebswirtschaftslehre in der Sozialen Arbeit, Teil 3: Vertiefungen	2	3	V (Wahlpflicht)	Modul 1.2, 9.1	Teilprüfung
9	15.2	Handlungskonzepte der Sozialen Arbeit, Teil 2	4	6	S (Wahlpflicht)	-	Teilprüfung
9	16 oder 17	Methodisch-fallbezogenes Vertiefungsgebiet (MF-VTG) oder Gesellschaftspolitisch-institutionelles Vertiefungsgebiet (GI-VTG)	4	6	S (Wahlpflicht)	16: Mod. 5, 10; 17: Mod. 9, 11.1	Prüfung
9	18.2	Spezielle Vertiefungen, Teil 2	2	3	S (Wahlpflicht)	-	Testat
9	GESAMT		12	18			
10	19.1	Bachelorarbeit	2	10	S (Wahlpflicht)	mind. 120 KP	Prüfung
10	19.2	Kolloquium		2		mind. 150 KP	Prüfung

10	GESAMT		2	12			
	GESAMT	STUDIUM	102	180			